Die Unsterblichkeit des Namens hat ihren Preis

Überlegungen zur Effizienz bei der Stiftung eines Vermögens

Wer eine Stiftung gründet, trennt sich von seinem Kapital. Ist es gross genug, kann es auf ewig Gutes tun. Dachstiftungen sind eine günstige Alternative.

EUGEN STAMM

In der Schweiz wird jeden Tag eine neue Stiftung gegründet. Dieses rege Tun ist Ausdruck bürgerlichen Engagements, das durch das liberale Stiftungsrecht begünstigt wird. Ende 2014 waren bereits über 13 000 Stiftungen tätig, im internationalen Vergleich eine sehr hohe Zahl. Sie allein ist aber noch kein Beweis dafür, dass Stiftungen ein besonders effizientes Instrument zur Förderung des Allgemeinwohls sind. Bei geschätzten 80% der Stiftungen liege das Stiftungskapital unter 5 Mio. Fr., sagt Prof. Georg von Schnurbein, Direktor des Center for Philanthropy Studies (CEPS) der Universität Basel.

Ausflug der Christoph-Merian-Stiftung auf dem Rhein in Basel. GEORGIOS KEFALAS / KEYSTONE

Kostenfrage stellen

Die Frage, mit wie vielen Millionen eine Stiftung ausgestattet ist, ist in mehrerer Hinsicht wichtig. Das Kapital muss in einem sinnvollen Verhältnis zum Stiftungszweck stehen und eine gewisse Tätigkeit erlauben. Das klingt selbstverständlich. In der Praxis sind aber Stiftungen anzutreffen, bei denen das nicht mehr gegeben ist.

Ein Beispiel könnte so aussehen: Der Stifter hat seinerzeit einige hunderttausend Franken zur Verfügung gestellt, deutlich mehr als die 50 000 Fr., die von der eidgenössischen Stiftungsaufsicht gefordert werden. Die Hoffnung, dass andere Vermögende seine Idee unterstützen, hat sich leider als Illusion herausgestellt. In der Stiftungsurkunde ist die Geldanlage in mündelsichere Wertpapiere vorgeschrieben, ausserdem soll diese sogenannte Ertragsstiftung nicht von ihrem Vermögen zehren.

Im derzeitigen Umfeld hat diese Stiftung mit einer solchen Anlagepolitik fast keine Erträge. Die Verwaltungskosten jeder Stiftung betragen aber mehrere tausend Franken pro Jahr, für Buchhaltung, Revision und Stiftungsaufsicht. Statt Gutes zu tun, bewirkt diese Stiftung nur noch bürokratischen Leerlauf. Damit so etwas nicht passiere, müsse man sich als Stifter einen Businessplan überlegen, sagt von Schnurbein. Sonst könne es eben sein, dass man einer «scheintoten» Stiftung seinen Namen gegeben habe.

Tatsächlich dürfte dies heutzutage einem gut beratenen Stifter kaum noch passieren. Schliesslich kann er eine aktive, langfristig ausgerichtete Anlagepolitik und auch die Möglichkeit des Vermögensverzehrs vorsehen. In den USA ist eine Ausschüttungsquote von 5% des Kapitals sogar gesetzlich vorgeschrieben. Anstatt auf Zustiftungen von anderen zu hoffen, sollte man vielleicht auch selber diese Variante prüfen.

Was bleibt, ist der Rat von Experten, eine eigenständige Stiftung nur mit einem signifikanten Vermögen zu errichten, das heisst, mit etwa 5 Mio. Fr. oder noch besser 10 Mio. Fr. Für geringere Beträge gibt es auch in der Schweiz eine interessante Lösung, die sich zwischen einer Spende und einer Stiftung einreiht – sowohl vom Betrag als auch von der Gestaltungsmöglichkeit her.

Die Alternative besteht darin, sich einer Dachstiftung anzuschliessen. Sie funktioniert ähnlich wie eine Holding, die mehrere Beteiligungen umschliesst. Dachstiftungen böten Unterstiftungen eine gemeinsame Infrastruktur an, die von Fachleuten betrieben werde, sagt François Geinoz, Präsident von Profonds, dem Dachverband der gemeinnützigen Stiftungen und Vereine der Schweiz. Weil die gemeinsame Administration aller Unterstiftungen Ersparnisse ermögliche, seien die Kosten in der Regel nur halb so hoch wie bei einer selbständigen Stiftung, sagt Geinoz.

Eine solche unselbständige Stiftung hat keine eigene Rechtspersönlichkeit. Der Stifter kann aber trotzdem in einem Entscheidungsgremium Einsitz nehmen und die Tätigkeit der Unterstiftung entsprechend steuern. Im Ausland ist dieses Modell stark verbreitet, unter anderem wegen Unterschieden im Stiftungsrecht. Allein in Deutschland wird die Zahl der Treuhandstiftungen, wie sie dort heissen, auf 20 000 geschätzt.

Ein reiches Angebot

Schon mit 100 000 Franken ist es möglich, bei der Rütli-Stiftung eine Unterstiftung zu errichten. Der laufende Administrationsaufwand werde von der Privatbank Reichmuth getragen, sagt Geschäftsführerin Claudia Ineichen, sofern das Vermögen der Unterstiftung bei der Privatbank verwaltet werde. Lombard Odier betreibt ihrerseits die Fondation Philanthropia, die Credit Suisse thematisch unterschiedliche Dachstiftungen. Wer von einer Bank unabhängig sein will, hat eine noch grössere Auswahlmöglichkeit, unter anderem die Limmat-Stiftung, die Stiftungen Corymbo und Succursus, die Swiss Philanthropy Foundation, die Fondation des Fondateurs und die Christoph-Merian-Stiftung.

STANDPUNKT

Die Europäische Zentralbank hat zu viel Macht an sich gerissen

Michael Ferber Anfang des Jahres hat die Europäische Zentralbank (EZB) ein Anleihekaufprogramm über sage und schreibe 1,14 Bio. € gestartet. Doch nach der grossen Geldschwemme der vergangenen Jahre scheint ihr selbst dies noch nicht genug zu sein. Nach der Ratssitzung der Zentralbank Anfang September hat ihr Präsident Mario Draghi angekündigt, das Programm noch auszuweiten, sollte dies nötig sein. Viele Bürger dürften derweil gar nicht verstehen, welche Folgen die Geldpolitik der internationalen Zentralbanken für sie haben könnte.

Mit dem Buch «Wehrt euch, Bürger! Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört» will Markus C. Kerber, Professor für öffentliche Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin, die Bürger wachrütteln. Aus seiner Sicht hat die EZB zu viel Macht an sich gerissen. Mit ihrer seit dem Jahr 2007 praktizierten unkonventionellen Geldpolitik habe sich die nicht demokratisch legitimierte Zentralbank zu einer Institution entwickelt, die nicht mehr regelgebunden sei. Die EZB gleiche nun einer wirtschaftspolitischen Feuerwehr und einem «Umverteilungsmonster». So sei sie zu einer Gefahr für das Finanzsystem sowie die Ersparnisse und die Altersvorsorge der Bürger geworden. Während es der EZB bereits nicht gelungen sei, mit der Geldpolitik Preisstabilität in den 19 sehr unterschiedlichen Mitgliedsstaaten zu schaffen, sei sie nun zunehmend mit der Rettung des Euro sowie von in Schieflage geratenen Euro-Staaten überfordert, sagt Kerber. In den letzten Jahren hat er eine zunehmende Politisierung der EZB beobachtet. Das Versprechen, sie werde eine Art «grosse Bundesbank» sein, habe sich nicht erfüllt.

Das Fass zum Überlaufen bringt laut Kerber die Tatsache, dass die EZB 2014 die Aufsicht über die Grossbanken in der Euro-Zone übernommen hat. Hier habe man den Bock zum Gärtner gemacht, denn die EZB unterliege einem grundlegenden Interessenkonflikt. Dieser habe sich jüngst bei den griechischen Banken deutlich gezeigt, welche von der EZB mittels höherer Obergrenzen für Notfall-Liquiditätshilfen am Leben erhalten wurden. Die Zentralbank gab dazu an, die griechischen Banken hielten genug Eigenkapital bzw. seien noch solvent. Kerber bestreitet dies vehement. Diese Finanzhäuser hätten keine Sicherheiten zu bieten, ihr Eigenkapital bestehe vor allem aus Steuerrückzahlungsforderungen gegenüber dem griechischen Staat. Dass diese praktisch wertlos seien, zeige die überaus schwierige Finanzlage des Landes. Das Beispiel verdeutliche, dass die EZB nicht eine strenge Bankenaufseherin sein und zugleich als Retterin des Euro in Erscheinung treten könne.

Des Weiteren stimmen Kerber die Folgen des EZB-Anleihekaufprogramms besorgt. Als Grosskäuferin verfälsche sie die Renditen am Staatsobligationen-Markt. Die derzeitigen Renditen der Staatsanleihen von Euro-Peripherieländern wie Spanien und Portugal – deren zehnjährige Staatsanleihen rentieren derzeit mit nur 2,1% bzw. 2,6% – widersprächen deren tatsächlicher Finanzlage. Auch das über seine Verhältnisse lebende Frankreich müsste drastisch höhere Zinsen bezahlen, bekommt aber derzeit bei kurzen Laufzeiten zu negativen Zinsen Geld – da sei es kein Wunder, dass die französische Regierung die EZB für ihre Politik lobe. Schwerwiegend verzerrt habe die Zentralbank beispielsweise auch den Pfandbriefmarkt. Nun stelle sich die Frage, wie sich die EZB aus diesen Märkten jemals wieder zurückziehen wolle.

Die EZB sei ein Instrument nationaler Regierungen, und zwar der südlichen Euro-Staaten sowie von Frankreich, sagt Kerber. Die bereits getroffenen Fehlentscheidungen liessen sich nicht mehr rückgängig machen, die Führung der EZB unter Präsident Mario Draghi komme aus diesem Dilemma nicht mehr heraus. Draghi werde folglich weitere quantitative Lockerungen betreiben, nur um eigene Fehler nicht eingestehen zu müssen.

«Die EZB ist ein Instrument nationaler Regierungen.»

Markus C. Kerber
Professor an der TU Berlin

Die Folge der Entwicklung sind laut dem Professor eine Aushebelung der Marktwirtschaft sowie eine schleichende Enteignung der Sparer durch ultraniedrige Zinsen. So werde nach und nach der Spargedanke kaputt gemacht und die Altersvorsorge vieler, vor allem auch wenig vermögender Bürger geschmälert. Dies werfe auch eine soziale Frage auf. Ausserdem dürfte die Geldschwemme der EZB sich laut Kerber letztlich als wenig hilfreich für das Wirtschaftswachstum und sogar als kontraproduktiv für die öffentlichen Haushalte in den südlichen Euro-Ländern erweisen. Wenn dies offenbar werde, werde das eine öffentliche Verunsicherung nach sich ziehen. Auch werde sich die Einstellung gegenüber der europäischen Integration in Ländern wie Deutschland deutlich verschlechtern.

Am Ende seines Buchs weist Kerber deshalb auf das Widerstandsrecht nach Artikel 20, Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes hin. Dieses berechtigt die deutschen Bürger zum Widerstand gegen jeden, der es unternimmt, die verfassungsmässige Ordnung zu beseitigen.